

**Bettina Hagedorn**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellv. Haushaltspolitische Sprecherin  
der SPD-Bundestagsfraktion

**Sandra Redmann**

Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein  
Umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

**Lars Winter**

Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein  
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

# Gemeinsame Pressemitteilung

---

Berlin, 06.05.14

**SPD-Abgeordnete aus Ostholstein zum ROV einig:**

**Keine Gewinner – nur unterschiedlich stark betroffene Verlierer!**

Zum heute von der Landesregierung Schleswig-Holsteins präsentierten Ergebnis eines Raumordnungsverfahrens zur Hinterlandanbindung der geplanten Festen Fehmarnbeltquerung kommentieren die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn sowie die SPD-Landtagsabgeordneten Lars Winter und Sandra Redmann gemeinsam:

**„Absehbar für uns gibt es am Ende dieses Raumordnungsverfahrens in Ostholstein keine Gewinner, sondern nur unterschiedlich stark betroffene Verlierer. Das seitens der Befürworter formulierte Ziel – ‚eine sozial und ökologisch verträgliche Trasse‘ zu finden – war letztlich von Anfang an so unerreichbar wie die Quadratur des Kreises. Positiv bewerten möchten wir die Akribie, mit der die Landesregierung offenbar die 8300 Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger gesichtet und bewertet hat. Die empfohlene Umfahrung von Großenbrode, für die wir uns immer eingesetzt haben, ist ein wichtiger Erfolg. Dass die Bäderorte jetzt großräumig umfahren werden sollen, ist einerseits zu begrüßen und nachvollziehbar, aber andererseits eine massive Belastung für die Menschen, die an der künftigen 55 km langen Neubautrasse wohnen werden. Die Lösungen für Oldenburg und Lensahn muss man sich jetzt ebenso im Detail anschauen wie die konkrete Trassenführung auf diesen etwa 55 Kilometern vor allem im Südkreis. Fakt ist, dass der für unsere Region und die Menschen so wichtige Regionalverkehr erheblich**

**an Attraktivität einbüßen wird, wenn man nicht mehr fußläufig die Bahnhöfe erreicht, sondern mit umständlichen Bus-Shuttle-Verkehren an die Transittrasse ‚gekartt‘ werden muss. Ob die von Schülern, Berufspendlern und Tagestouristen derzeit gut gefüllten Regionalverkehrszüge im Taktverkehr sich auf der Neubaustrecke künftig noch so großer Nachfrage erfreuen können wie aktuell – das bleibt fraglich und ist eine bittere Pille nach jahrelangen erfolgreichen Anstrengungen um eine Steigerung der Zuggastzahlen.“**

Bettina Hagedorn geht als zuständige SPD-Sprecherin für Verkehr im Haushaltsausschuss in Berlin angesichts der nunmehr erstmals zu planenden 55 Kilometer Neubautrasse bei ca. 75 Gesamtkilometern zwischen Lübeck und Puttgarden von einer weiteren Kostenexplosion beim Bund aus. **„Die bisher von mir kalkulierten 2,5 Mrd. € Steuergelder für diese Hinterlandanbindung inklusive der erforderlichen Erneuerung der Sundquerung werden bei weitem nicht reichen – zumal überwiegend Überführungen und Untertunnelungen bei Kreuzungen mit Straßen jetzt von der Bahn geplant und finanziert werden müssen – ebenso wie ein herausragend guter Lärmschutz an der kompletten Strecke. Da Verkehrsminister Dobrindt und die Deutsche Bahn bislang noch nicht einmal zugegeben haben, dass die Kosten des Projektes – vor knapp 5 Jahren mit ursprünglich 840 Mio. € beschlossen – sich mindestens verdoppelt bzw. verdreifachen werden, bin ich gespannt, wie man das Raumordnungsergebnis jetzt bei der Planfeststellung umsetzen und letztlich finanzieren wird – bislang ist im Bundeshaushalt und Finanzplan bis 2017 nichts dafür vorgesehen.“**

Die drei SPD-Abgeordneten aus Ostholstein sind sich deshalb einig: **„Gespräche mit Dänemark auf der Grundlage von § 22 Staatsvertrag zu der Sinnhaftigkeit des Projektes angesichts dieser Kostenexplosion und zurückgehender Verkehrsprognosen sind seit langem überfällig - und wären gerade jetzt dringend geboten. Noch hat das dänische Folketing das Baugesetz für die Beltquerung nicht beschlossen. Noch könnte man die explodierenden Kosten - auch in Dänemark – für sinnvollere und zukunftsweisende Maßnahmen verwenden, die den Bürgern und Steuerzahlern in beiden Ländern mehr nützen!“**